

Gewalteskalation im Nahen Osten: Für eine sofortige Waffenruhe und einen unbehinderten Zugang für humanitäre Hilfe

Die SP verurteilt die völkerrechtswidrige Militäroffensive im Gazastreifen und fordert die Konfliktparteien zu einer sofortigen Waffenruhe und zu einem Stopp gegenseitiger Angriffe auf die Zivilbevölkerung auf. Damit das Leid der Zivilbevölkerung gemildert und der Zugang für die humanitäre Hilfe garantiert werden kann, müssen die Übergänge nach Gaza erneut und anhaltend geöffnet werden. Die SP fordert zudem vom Bundesrat, dass jegliche Rüstungs-Geschäfte mit Ländern im Nahen Osten eingestellt werden und dass die humanitäre Hilfe im Gazastreifen erhöht wird.

Die SP fordert die israelische Regierung auf, die militärische Offensive aus der Luft und zu Boden sofort einzustellen, freien Zugang für humanitäre Hilfe in Gaza zu gewähren und die Mediensperre in den besetzten Gebieten aufzuheben. Wie auch das EDA in seinem Protest bei den israelischen Behörden festgestellt hat, ist es nicht akzeptierbar, dass diese das Völkerrecht auf Zugang zu den Opfern missachtet und einem medizinischen Nothilfe-Team des IKRK die Einreise nach Gaza zunächst verweigert haben. Um die Leiden der Zivilbevölkerung und die dramatischen Folgen dieses Konflikts zu beenden, sind alle Konfliktparteien aufgerufen, das internationale Völkerrecht vollinhaltlich zu respektieren, angefangen mit dem Schutz der Zivilbevölkerung, dem Zugang zu den Opfern und der Verhältnismässigkeit der militärischen Intervention. Nötig ist der Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, die Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens und die Anerkennung der Zweistaaten-Lösung.

Die SP fordert die Hamas auf, den Abschuss von Raketen auf Israel sofort zu stoppen, keine weiteren Anschläge auf Israel und seine Bevölkerung mehr durchzuführen und die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten zu schützen, statt sie als lebende "Schutzschilder" einzusetzen. Die SP fordert die Hamas auf, der Vernichtungsrhetorik zu entsagen und das Existenzrecht Israels unmissverständlich anzuerkennen. Die Hamas ist aufgerufen, der Arabischen Liga eine Vermittlungsrolle zu gewähren, damit diese im Konflikt mit der Fatah und Israel aktiv vermitteln kann.

Die SP fordert den Bundesrat auf, die einseitige militärische Begünstigung und rüstungsindustrielle Kooperation mit Israel zu stoppen, welche der friedenspolitischen Rolle schadet, die die Schweiz in der Region wahrnehmen kann und soll. Die gemeinsamen militärischen Übungen, der Empfang und Besuch von hohen Offizieren aus der Region und die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit Israel sind zu beenden. Der bestehende Stopp von Schweizer Kriegsmaterialexporten nach Israel ist auf alle Staaten der Region auszuweiten, namentlich auf Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten und Jordanien. Gleiches gilt für die Beschaffung von Rüstungsgütern aus dieser Region. Zudem ist der Schweizer Luftraum für Nachschub-Flugzeuge, die Militär- und Rüstungsgüter an Kriegsparteien im Nahen Osten liefern könnten, vorsorglich zu sperren.

Die SP Schweiz fordert den Bundesrat auf, die humanitäre Hilfe im Gazastreifen zu verstärken und dem Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge der Vereinten Nationen (NRWA) und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) zusätzliche finanzielle Hilfe zu gewähren. Die Schweiz muss alles daran setzen, damit die Not der leidenden Zivilbevölkerung gelindert und die Kriegsverbrecher dieser Tage vor einem internationalen Strafgericht beurteilt werden.

SP-Position zum Krieg im Gaza-Streifen

Die SP fordert vom Bundesrat, die internationale Gemeinschaft bei der Lancierung von Gesprächen über einen sofortigen Waffenstillstand und einen nachhaltigen und gerechten Frieden in der Region zu unterstützen. Ein Schlüssel für einen Erfolg von Friedensbemühungen liegt in der Region selbst. Umso mehr verdient der Friedensplan der Arabischen Liga vom Sommer 2007, weiterverfolgt zu werden. Auch die friedenspolitische Aufbauarbeit, die mit der von der Schweiz unterstützten Genfer Initiative geleistet worden ist, soll fortgesetzt und in Form einer regionalen Initiative unter Einbezug der Zivilbevölkerung intensiviert werden.

Die SP bekräftigt im übrigen ihre Forderungen an eine aktive Aussenpolitik der Schweiz im Dienste eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten. Die SP hat die völkerrechtswidrige Abriegelungs-, Besetzungs- und Siedlungspolitik durch Israel, die Fortsetzung des Mauerbaus und das Festhalten am Besitz von Atomwaffen wiederholt verurteilt und festgestellt, dass Israel seine innere Stärke bisher nur ungenügend in eine friedenspolitische Perspektive eingebracht hat, um mit den Palästinensern an einem gerechten, umfassenden, sicheren und nachhaltigen Ausgleich zu arbeiten, der zur Schaffung eines Staates Palästina in nachbarschaftlicher Prosperität und Zusammenarbeit mit Israel führen kann.

In der Schweiz soll die öffentliche Hand Initiativen unterstützen, die sich gegen alle Formen der Hass- und Gewalthetze, namentlich gegen Antisemitismus und Antiislamismus, wenden. Der Dialog zwischen den Kulturen und Religionen muss gefördert werden, damit sich die erneute Gewalteskalation im Nahen Osten nicht negativ auf das Zusammenleben in der Schweiz auswirkt.